

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 51 (1959)

Heft: 2

Artikel: Ein Annäherungsprozess

Autor: Kreuzer, Franz

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353881>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Kantone Waadt, Neuenburg und Genf

werden nun vorangehen. Den Angehörigen der Arbeiterbewegung in diesen Kantonen ist eine große, aber auch dankbare Aufgabe gestellt. Sie werden die kommende Bewährungsprobe bestehen, und es sei ihnen auch dafür – im voraus – Dank gesagt. Aber nicht nur vom Einsatz der Männer wird ein beispielgebender Erfolg erwartet; ebensoviel wird auch von der Haltung der Frauen selbst abhängen.

Vorerst werden die Frauen im Waadtland zum Zug kommen. Denn sie erhielten durch die kantonale Abstimmung, die mit der eidgenössischen zusammenfiel, als erste das Recht, in kantonalen und kommunalen Angelegenheiten das Wahl- und Stimmrecht auszuüben. Sie werden auch durch ihr Verhalten als erste die Einwendungen der Gegner des Frauenstimm- und -wahlrechts zunichte machen können: dadurch, daß sie von ihren politischen Rechten in verantwortungsbewußter Art und Weise Gebrauch machen. Bald wird dies auch für die Genferinnen und die Neuenburgerinnen gelten, da seit der eidgenössischen Abstimmung vom 1. Februar 1959 in ihren Kantonen ebenfalls Schritte eingeleitet worden sind, um auch sie zu politisch mündigen Kantonsbürgern zu machen.

Daß die Frauen im Waadtland, in Neuenburg und Genf trotzdem die guten Ehefrauen, Mütter, Schwestern und Töchter bleiben werden, die sie bisher waren, wird im Ernst niemand bezweifeln wollen.

Hedi Leuenberger-Köhli.

Ein Annäherungsprozeß

Wir entnehmen den nachstehenden Artikel dem «Monat» (Heft 124, 12. Jahrgang, Januar 1959), der in Berlin erscheinenden, von Melvin J. Lasky und Helmut Jaesrich vorzüglich redigierten internationalen Zeitschrift. Der Verfasser ist Redaktor der Wiener «Arbeiterzeitung», dem Zentralorgan der SPOe und hat zum Thema Arbeiterschaft und Kirche (oder Religion) eine Reihe sehr interessanter Artikel veröffentlicht. Wir wissen, daß seine Ausführungen auch bei vielen Lesern der «Gewerkschaftlichen Rundschau» Interesse finden werden.

Oesterreichs Schicksal ist eine Anomalie der Gegenwartsgeschichte. Oesterreich ist das einzige Land der Welt, von dem sich der Sowjetkommunismus jemals ohne bewaffnete Auseinandersetzung zurückgezogen hat. Diese Ausnahmestellung begründet auch seine einzigartige Haltung dem Westen gegenüber: vollständige *militärische Neutralität, verbunden mit einem völlig eindeutigen Bekenntnis zur westlichen Demokratie*.

Es ist nur natürlich, daß die Anomalie der weltpolitischen Situation auf die Innenpolitik des Landes abfärbt. Die österreichische Demokratie bietet das seltsame Bild einer seit nunmehr dreizehn Jahren völlig stabilen Regierungskoalition zweier fast gleich starker

politischer Kräfte: einer sozialdemokratischen und einer christlich-sozial-konservativen Partei. Die beiden Regierungsparteien repräsentieren nahezu 90 Prozent der Bevölkerung, es gibt also *praktisch keine Opposition*. Die Funktion der Opposition hat vielmehr die gegenseitige Kontrolle der beiden Regierungsparteien übernommen — lauter für das konventionelle parlamentarische Denken groteske Zustände.

Die schwarz-rote Regierungskoalition steht auf einer doppelten historischen Basis: sie hat ihre Wurzeln in den Konzentrationslagern der Hitlerzeit, in denen die christlichsozialen und sozialdemokratischen Politiker, die einander vorher im Bürgerkrieg gegenübergestanden hatten, Urfehde schworen; sie wurde gefestigt und politisch geformt in den schweren Besetzungsjahren, in denen die russische Bedrohung größer war als jede innenpolitische Meinungsverschiedenheit. Den beiden geschichtlichen Ursachen des österreichischen Koalitionsunikums sind gleichzeitig auch für die Schwäche der verbliebenen Oppositionsreste verantwortlich: Anschluß und Krieg haben die deutschationale Gruppe dezimiert und politisch desorganisiert, so daß seither trotz verschiedenen Versuchen keine Zusammenfassung des «nationalen Lagers» möglich war; die russische Besetzung hat die Kommunistische Partei Oesterreichs zu einer Zwergepartei gemacht und ihr jeden moralischen Rückhalt in der Arbeiterschaft genommen.

Es schien auf der Hand zu liegen, daß das österreichische Koalitionssystem nach dem Abschluß des Staatsvertrages, von der Besetzungsklammer befreit, auseinanderfallen müsse. Das Gegenteil ist eingetreten: die Koalition ist populärer als jede der beiden Koalitionsparteien für sich. Es hat sich gezeigt, daß die in Oesterreich wirksamste Wahlparole die Forderung nach *Erhaltung des politischen Gleichgewichts* und der parlamentarischen Zusammenarbeit ist. Die Wähler identifizieren die Koalition mit dem wirtschaftlichen Aufstieg und den politischen Glückssträhnen des kleinen Landes und wollen dieses System um keinen Preis aufgegeben wissen.

Das bedeutet für beide Regierungsparteien, daß die Zonen, in denen sie politisch manövrieren können, immer kleiner werden. Forderungen, deren Durchsetzung eine Sprengung des Koalitionsgefüges zur Voraussetzung hätten, sind von vornherein sinnlos, wodurch alles Radikale aus der österreichischen Politik ausgeschaltet ist. Die Parolen, von denen sich die Parteien Erfolg erhoffen, werden immer ähnlicher, da sie sich an die gleichen *Randschichten* richten, von denen allein eine geringfügige Verschiebung der Machtverhältnisse zu erwarten ist. Mit gutem taktischem Recht gilt daher für die Christlichsoziale Volkspartei alles erfolgversprechend, was die *soziale* Note der konservativen Politik betont; die Sozialisten setzen ihre Hoffnung in Parolen, die *bürgerlichen* und *bäuerlichen* Wählern akzeptabel klingen könnten.

Aus dieser Situation ist das besondere Verhältnis zu verstehen, das zwischen den österreichischen Sozialisten und der *katholischen Kirche in Oesterreich* entstanden ist. Die katholische Kirche repräsentiert in Oesterreich, zumindest dem Taufzettel nach, an die 90 Prozent der Bevölkerung, also sowohl die Wähler der Volkspartei wie auch jene der Sozialisten. Ihr ideologischer Einfluß erstreckt sich jedoch in Wirklichkeit vorwiegend auf die Konservativen. Geraade in den entscheidenden Randschichten überschneiden sich aber die Verhältnisse: hier gibt es ein politisches Reservoir der Sozialisten, das nur wegen des Bestehens hartnäckiger *religiöser Vorurteile* nicht ausgeschöpft werden kann. Die Sozialisten haben daher das größte realpolitische Interesse, die Kirche *politisch zu neutralisieren*. Andererseits muß der katholische Klerus die enge Bindung an die konservative Partei auf die Dauer als unbefriedigend empfinden, weil der Kirche dadurch wichtige Wege der Mission durch *politische Vorurteile* versperrt sind und weil akute Anliegen des österreichischen Katholizismus in Schul- und Vermögensfragen in der Koalition blockiert bleiben.

Es liegt also auf der Hand, die deutliche Annäherung zwischen österreichischen Sozialisten und katholischer Kirche, die sich im Lauf der letzten anderthalb Jahre vollzogen hat, als *einfachen Vertragsakt* zu deuten. Die sichtbaren Auswirkungen sind auch durchaus realpolitisch greifbar. Die katholische Kirche hat sich bei den Bundespräsidentenwahlen des Jahres 1957 jeder Stellungnahme enthalten und dadurch die Wahl des sozialistischen Parteiobmannes *Dr. Adolf Schärf* zum Bundespräsidenten erleichtert. Die Sozialistische Partei verhält sich in vielen kulturpolitischen und rechts-politischen Fragen dem Standpunkt der Kirche entgegenkommend; daß das dringlichste Problem auf diesem Gebiet, die Realisierung des zwischen der austrofaschistischen Regierung und dem Vatikan in den dreißiger Jahren abgeschlossenen Konkordates, bisher nicht gelöst werden konnte, ist auf die starre Haltung des Vatikans zurückzuführen, die zu der des Wiener Episkopates in Gegensatz steht.

Ein bemerkenswertes Programm

Die neue Haltung wird auch durch neue Männer erleichtert. Der neue sozialistische Parteiobmann und Vizekanzler *Dr. Pittermann* ist für religiöse und kirchliche Probleme sehr aufgeschlossen; der neue Wiener Erzbischof, *Dr. König*, ist ein Exponent des verständigungsbereiten Flügels der katholischen Kirche.

Realpolitische Tatsachen pflegen aber ideologische Schatten zu werfen, und diese sind im schrägen Morgenlicht junger geschichtlicher Entwicklungen häufig größer als die harten Objekte, von denen sie sich abzeichnen. Auf sozialistischer Seite hat die neue Haltung zur Religion in dem von der Sozialistischen Partei Oesterreichs eben

beschlossenen Programm einen bemerkenswerten Niederschlag gefunden. Es heißt dort im Grundsatzteil:

Der Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Ueberzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.

Die Sozialisten achten das Bekenntnis zu einem religiösen Glauben wie zu einer nicht-religiösen Weltanschauung als innerste persönliche Entscheidung jedes einzelnen. Sie stehen daher zu dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Bekenntnisse in der staatlichen Ordnung.

Von den großen Religionsgemeinschaften erkennen insbesondere die christlichen Kirchen die Notwendigkeit von sozialen Reformen an. Sozialismus und Christentum als Religion der Nächstenliebe sind miteinander durchaus vereinbar. Zwischen dem auf einer sittlichen Gesinnung beruhenden Sozialismus und den Religionsgemeinschaften kann es keine Konflikte geben, wenn diese es vermeiden, für die Durchsetzung konfessioneller Forderungen oder in der Auseinandersetzung mit andern Weltanschauungen staatliche Mittel anzuwenden.

Sozialismus und Religion sind keine Gegensätze. Jeder religiöse Mensch kann gleichzeitig Sozialist sein.

Dieser Formulierung im Parteiprogramm ist eine lebhafte Diskussion vorangegangen, die erwiesen hat, daß die neue Haltung der Sozialistischen Partei zur Kirche *das volle Verständnis der Mitgliedschaft* hat. Als Symptom der allgemeinen Billigung der Parteilinie in dieser Frage mag eine Szene gelten, die sich in der Nacht der Wahl Dr. Schärfs zum österreichischen Bundespräsidenten vor dem Wiener Rathaus abgespielt hat. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses strömten einige tausend Wiener — durchwegs begeisterte Anhänger der Sozialistischen Partei — ins Stadtzentrum, um das neue Staatsoberhaupt zu feiern. Dr. Pittermann, damals noch Führer der sozialistischen Parlamentsfraktion, hob in seiner kurzen Rede *die neutrale Haltung der Kirche* in diesem Wahlkampf hervor — und die Tausende spendeten an dieser Stelle *begeisterten, lang anhaltenden Beifall*.

Auch auf der anderen Seite geht das Verständnis der neuen Situation tief in die Reihen der einfachen Anhängerschaft. Der Autor dieses Artikels, der in Oesterreich eine Reihe von Aufsätzen über dieses Thema veröffentlicht hat, wurde z. B. dieser Tage von einem Pfarrer in einem Wiener Außenbezirk zu einer lebhaften Diskussion über Sozialismus und Religion gebeten. Eine solche Einladung an einen Redaktor des sozialistischen Zentralorgans wäre *noch vor einem Jahr undenkbar* gewesen.

Hier zeigt sich allmählich, daß der ideologische Schatten in seiner ganzen morgendlichen Größe zu einem Eigenleben erwachen könnte.

Gerade wenn sich junge Sozialisten und junge Katholiken treffen, kommt zutage, daß ein *bloß realpolitischer Kontakt* zweier so weltanschaulich geladener Pole nicht möglich ist. Die Tendenz solcher Diskussion ist aber gewöhnlich *nicht die Verschärfung* des alten Konflikts, sondern *das Suchen nach einer neuen Synthese*. Während es den Männern der an der Macht befindlichen Mittelgeneration vorerst auf eine gegenseitige Neutralisierung und auf den Austausch praktischer Vorteile ankommt, sucht die Jugend nach dem wirklich Gemeinsamen — jenseits aller Bauern- und Seelenfängerei. Den Vätern der neuen Verständigung, die an den bitteren Konflikt von gestern denken, kommt es darauf an, Politik und Weltanschauung möglichst zu trennen. Den Jungen, die um das Morgen diskutieren, scheint die neue *Vereinigung* von Politik und Weltanschauung das Wesentliche — auf einer Ebene allerdings, auf der christliches und sozialistisches Ethos nicht auseinanderklaffen, sondern zusammenfinden.

Treffpunkt der Jungen

Für die Geisteshaltung der jungen sozialistischen Generation ist der Abstand bezeichnend, den sie von den ideologischen Konfliktstoffen der Zwischenkriegszeit gewonnen hat. Nur oberflächliche Beobachter identifizieren diese Entwicklung mit einer Abwendung vom Marxismus. Was in Wirklichkeit vor sich geht, ist die *historische Bewältigung des Marxismus*. Die Jugend der sozialistischen Bewegung ist nicht promarxistisch und nicht antimarxistisch eingestellt. Sie beginnt Marx und seine Schule — zum Teil mit marxistischem Rüstzeug und marxistischer Terminologie — als *Entwicklungsstufe* des modernen Sozialismus zu betrachten, die weder weggedacht werden kann noch weggewünscht werden soll, die aber überwunden ist.

Nun verlieren die Thesen des historischen Materialismus und der Klassenkampftheorie wesentlich an Schärfe, wenn man sie *historisch* betrachtet. Auch die Diskussion über die «Richtigkeit» der Marxschen Aussagen wird ziemlich unwesentlich, wenn man ihr die Affektbesetzung des *Dogmenstreites* nimmt. Gewiß, die junge Generation ist vom Materialismus unbefriedigt, da sie ringsum die traurigen kulturellen Auswirkungen des einseitig technisierten und ökonomisierten Fortschrittes sieht und nach einem geistigen Impuls sucht. Sie übersieht aber nicht den ungeheuren idealistischen Impuls, der im politischen Materialismus des vorigen Jahrhunderts gerade in seiner historischen Anfangszeit gesteckt hat. Man könnte in der Geschichte der sozialistischen Bewegung beinahe von einer Periode mit *materialistischer Gesinnung und idealistischem Antrieb* und einer nachfolgenden Periode mit *idealistisch aufgeweichter Ideologie und materialistischen Impulsen* sprechen. Es ist kein Zufall, daß die Bewegung, die alle historischen Entwicklungen theoretisch auf

die Produktionsverhältnisse reduzierte, mit einer tiefgreifenden *geistigen* Revolution ins Leben getreten ist. Der bewußte Klassenkampf begann nicht in den Fabriken, sondern im Arbeiterbildungsverein. Heute ist es eher umgekehrt: Die Produktionsverhältnisse sind weitgehend umgewälzt, aber im Volksbildungshaus hört man Vorträge über Schlankheitskuren und Graphologie. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge bedeutet für junge Sozialisten, daß sie auf die marxistische Epoche der Parteigeschichte – wegen ihres Idealismus – mit *größtem Respekt* zurückblicken und daß sie der gegenwärtigen Parteipraxis, die sich von Marx entfernt, *skeptisch* gegenüberstehen –, weil sie so *materialistisch* ist!

Die historische, soziologische und kulturkritische Betrachtungsweise der eigenen Parteigeschichte ist aber auch die Grundlage des Verständnisses für die geistigen Strömungen, die bisher in der politischen Praxis gegen die sozialistische Bewegung gerichtet waren. Die verständigungsbereiten jungen Sozialisten finden *keine Entschuldigung* für die das Evangelium verleugnende Verknüpfung der katholischen Kirche mit den herrschenden Klassen des Kapitalismus, aber aus dem historischen Denken wird diese Verknüpfung *verständlich*. Daß der Sozialismus in seiner kämpferischen Periode die Kirche nicht an seiner Seite, sondern an der des Gegners gefunden hat, scheint *im Rückblick* absolut verständlich, aber nichts desto weniger als ein tragischer Irrtum: beide Bewegungen waren vom gleichen historischen Impuls getrieben, beiden ging es um die *Verteidigung der Menschenwürde gegen die Versklavung durch die moderne Zivilisation* – aber beide übersahen die Aehnlichkeit ihrer Motive und waren hypnotisiert von der Gegensätzlichkeit ihrer Thesen und Methoden.

Den ersten Generationen, die die sozialistische Bewegung weitertrugen, war die soziale Korruption, der die Kirche verfallen war, unverzeihlich. Sie sahen daher in der Religion einfach einen der zahlreichen Tricks der kapitalistischen Ausbeutung. Die heutige Sozialistengeneration blickt auf eine nunmehr hundertjährige Geschichte der eigenen Bewegung zurück, sieht die furchtbare *Entartung sozialistischen Denkens in der bolschewistischen Weltsphäre* und die beschämende Erschlaffung des revolutionären Elans in vielen Ländern der westlichen Welt und verliert dadurch den Hochmut, den Irrglauben an die Jungfräulichkeit und Unbeflecktheit ihrer eigenen Ideologie. So wird auch der Sündenfall der katholischen Kirche, der sich immerhin auf einen zwanzigmal längeren Zeitraum erstreckt hat, objektivierbar. Die jungen Sozialisten glauben, daß die *Lauterkeit des revolutionären Wollens* in ihrer Bewegung trotz aller Rückschläge *lebendig geblieben* ist. Aus dieser Ueberzeugung folgt aber auch ein Respekt vor der geistigen Kraft, die in der katholischen Kirche trotz aller weltlichen Verstrickungen *lebendig geblieben* ist.

Die modernen geistigen Strömungen im Katholizismus sind dieser Entwicklung im sozialistischen Lager *vielfach adäquat*. Die Kirche hat ihre strenge Opposition gegen die Experimentalwissenschaft aufgegeben, anerkennt Stück für Stück die harten Tatsachen, um die in früheren Jahrzehnten ebenso erbittert wie sinnlos gestritten worden ist – und muß sich daher zwangsläufig auf eine extensive Exegese zurückziehen, die schroffe Gegensätze mit dem wissenschaftlichen Denken vermeidet. Die neuesten Entwicklungen der Naturwissenschaften kommen der Religion dabei entgegen, weil sie die Trennungslinie zwischen deterministischen und indeterministischen Auffassungen verwischen, einige Tore ins metaphysische Dunkel aufstoßen – und noch dazu in den breiten Massen ein Gefühl der Unsicherheit zurücklassen, das der Religion eine *bleibende soziale Funktion* sichert. Indem sich aber der Katholizismus auf die moralische, die kulturelle, die historische und soziale Basis der Religion zurückzieht, kommt er der politischen Realität näher. Im gleichen Maße, in dem die jungen Sozialisten erkennen, daß mit der Umenschichtung des Einkommens und mit der Kontrolle über die Produktionsmittel allein noch nichts getan ist, wird den jungen Katholiken gewahr, daß eine Missionstätigkeit, die vor den Fabrikturen und Kinoportalen Halt macht, keine Chancen hat. Und hier treffen sich die Jungen: die einen, die vom Glauben kommen und *die Realität suchen*, die anderen, die über die kahle Realität hinaus wollen und nach *seelischer Erfüllung* streben – beide vom gleichen Impuls getrieben, der ihre Väter erfüllt hat, aber ohne die Umkehrbrillen, die die Streiter des Geistes gegeneinander wüten ließen, während Satan seine Ernte einbrachte. Junge Katholiken und junge Sozialisten, die zu solchen Erkenntnissen vorgestoßen sind, fühlen sich zwar vielfach noch immer als Konkurrenten im Kampf um die Seelen, *aber nicht als Feinde*. Wo aber ist der Feind?

Die gemeinsame Aufgabe

Die jungen Sozialisten haben den Glauben verloren, daß die Ablösung kapitalistischer Manager durch sozialistische gleichbedeutend mit der Transformation der Gesellschaft ist. Dies bedeutet nicht, daß sie die Forderung nach «Vergesellschaftung der Produktionsmittel» aufzugeben wünschen. Diese Forderung scheint ihnen nur in *unlösbarer Verbindung mit einem sehr weitgehenden kulturpolitischen Programm* sinnvoll: sozialistische Erfolge sollen durch Erziehungsarbeit innerhalb der Partei und durch Belebung des öffentlichen Schulsystems vorbereitet und errungene Erfolge sofort in kulturelle Umwälzungen umgesetzt werden. Sie sind nicht darauf erpicht, den Kapitalismus zu früh seiner historischen Aufgabe, der *Kapitalakkumulation*, zu entheben und sich dadurch selber in die Lage zu versetzen, den Kapitalismus nachzuholen, wie

es die Kommunisten tun müssen. Die junge sozialistische Bewegung identifiziert den Kapitalismus in seiner privaten wie in seiner staats-dirigistischen Form immer deutlicher *mit der determinierten industriellen Revolution schlechthin* und sieht sich selbst in der Rolle der kulturellen Sublimationskraft, die der Maschine das *menschliche Gesetz aufzwingen* soll, die nach der Zertrümmerung des inneren gesellschaftlichen Gefüges durch die Industrialisierung neue Gesellschaftskristalle zu formen und zu sinnvollen Gemeinschaften zusammenzufügen bestimmt ist. Diese Aufgabe ist der kirchlichen Missionsaufgabe nicht unähnlich – sie unterscheidet sich aber von ihr grundsätzlich durch die Berücksichtigung der materiellen Tatsachen der geschichtlichen Entwicklung.

Vom Standpunkt des modernen «humanitären Sozialismus», der das neue Programm der österreichischen Sozialisten ideologisch beherrscht, fehlt der katholischen Kirche zur Bewältigung ihrer Missionsaufgabe nichts als das marxistische Stadium der Entwicklung, durch das die Sozialistische Partei gegangen ist. Dieses Element der humanistischen Weltbewegung einzufügen, betrachtet die sozialistische Bewegung nun als *ihre historische Mission*.

Der Sozialismus der marxistischen Epoche hatte insofern einen *totalitären* Zug, als ihm die Vorstellung einer sozialistischen Welt, also einer überwiegend parteisozialistischen Gesellschaftsordnung in allen Ländern der Erde, innewohnte, die gleichsam als *das große Happy-End der Weltgeschichte* empfunden wurde. Der moderne Sozialismus ist sowohl geographisch wie historisch *tolerant, weltbürgerlich* und *selbstüberlegen* geworden: er sieht sich als eine Welle des Kulturstromes, der durch die Jahrtausende fließt, als *eine der zahlreichen kulturellen Kräfte*, die in der Gegenwart am Werk sind. Eine moderne sozialistische Bewegung kann eine Religionsgemeinschaft, die die gleichen humanitären Ziele verfolgt, nicht nur dulden, sondern sich mit ihr brüderlich verbinden. Auf Seiten der katholischen Kirche ist dies allerdings nicht so einfach: der totalitäre Anspruch der katholischen Kirche auf die Mittlerrolle zwischen Mensch und Gott steht außer Zweifel, an der dogmatischen Situation kann wohl auch auf weite Sicht nichts geändert werden. Wie zumindest in Österreich die Praxis zeigt, lässt sich der katholische Totalitätsanspruch aber möglicherweise *auf eine Fiktion reduzieren*, die einer Zusammenarbeit nicht im Weg steht.

Die *Koalitionssituation* in der österreichischen Politik war zwar, wie gezeigt, der *Ausgangspunkt* der sozialistisch-katholischen Annäherung; die geistigen Kontakte, die sich daraus ergeben, sind aber keineswegs mit jenen am Koalitionsverhandlungstisch zu verwechseln. Das ist es eben, was die Praktiker auf beiden Seiten aus praktischen, die Ideologen aber aus ideologischen Gründen erstreben: die *Lösung* der noch immer selbstverständlich scheinenden Bindung von Religion und konservativer Politik. Es wäre eine Situa-

tion denkbar, in der die sozialistische Bewegung zur katholischen Kirche ein distanziert-freundschaftliches Verhältnis gewonnen hat, während sich die *sachliche* Gegnerschaft *innerhalb der Parteienkoalition* eher verschärft. Die Lösung von der konservativen Politik scheint auch vielen mit den sozialen Problemen vertrauten Katholiken erstrebenswert. Ebensowenig wie sich nämlich *im Wesen* des Sozialismus eine antireligiöse Komponente finden lässt, ist die Ablehnung gemeinwirtschaftlicher Formen eine *essentielle* Eigenschaft irgendeiner Religion, schon gar nicht der katholischen. *Für die freigebige Hilfe, die der Katholizismus lange Zeit dem Kapitalismus gewährt hat, gibt es nicht den Schatten einer Begründung in der katholischen Lehre.* Daß anderseits genügend biblische Zeugnisse vorhanden sind, die sich zur ethischen Fundierung eines modernen Sozialismus *besser noch als Marxsche Klassenkampfthesen* eignen, lernt man schon in der Volksschule im Religionsunterricht. Der Sozialismus als gemeinsamer Gegner einer Ausbeuterklasse und einer christlichen Religionsgemeinschaft ist *etwas Absurdes*. Ein geistiges Bündnis der christlichen Religion mit dem modernen Sozialismus *zur Ueberwindung des Kapitalismus* – nämlich jener urkapitalistischen Tendenzen, die im aufgeklärten Hochkapitalismus zu finden sind und die das Wesen des Bolschewismus ausmachen – ist *natürlich, logisch und zeitgemäß*. Dieser Wahrheit werden sich die Dogmatiker, die man auf beiden Seiten nicht unterschätzen soll, beugen müssen.

Franz Kreuzer, Wien.

Zur Diskussion der freiwilligen betrieblichen Sozialleistungen in Westdeutschland

Der nachfolgende Artikel behandelt ein Thema, das auch für unser Land von Interesse ist, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der — nun abgeschlossenen — Diskussion über die Ergänzung des Dienstvertrags- und Stiftungsrechts betr. die Wohlfahrtseinrichtungen privater Betriebe. Der Artikel will vor allem über Auffassungen und Diskussionen in der Deutschen Bundesrepublik orientieren; einige Probleme — beispielsweise dasjenige der Altersversorgung — werden bei uns einen etwas anderen Aspekt haben als in Deutschland. Der im Schlußkapitel umrissene Standpunkt der deutschen Gewerkschaften deckt sich aber weitgehend mit der Auffassung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Redaktion «Gewerkschaftliche Rundschau».

In der Bundesrepublik Deutschland stehen seit einiger Zeit die freiwilligen betrieblichen Sozialleistungen zur Diskussion. Diese zusätzlichen Sozialleistungen der Betriebe – sie reichen von der Werkstattkantine bis zum betriebseigenen Erholungsheim, vom Kinderhort bis zum organisierten Ferienaufenthalt, von der Nähstube bis zum